

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Keine kostenpflichtigen Bürgertests für nicht Geimpfte!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass auch in Zukunft Corona-Tests (sogenannte Bürgertests) kostenlos angeboten werden.

Weiterhin soll der Senat darauf hinwirken, dass eine Spaltung der Gesellschaft durch Sonderregelungen und eine Ungleichbehandlung von geimpften und ungeimpften Menschen sowie eine Schwächung der Solidargemeinschaft durch Gruppenbildungen – Geimpfte, Genesene und der Rest – nicht gefördert wird.

Begründung

Der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK), das Angebot kostenloser Bürgertests für alle mit Wirkung vom 11. Oktober 2021 zu beenden und die Bürger dafür privat bezahlen zu lassen, ist aus epidemiologischer Sicht nicht nachvollziehbar, für den sozialen Zusammenhalt schädlich und in einem solidarischen Gesundheitssystem „systemfremd“.¹

Die Vorstellung, dass kostenpflichtige Corona-Tests dazu führen, dass sich mehr ungeimpfte Menschen impfen lassen, hat sich nicht erfüllt. Vielmehr hat diese Maßnahme sogar zu Fehlansätzen geführt. Wissenschaftler des Hamburger Center for Health Economics (HCHE) an der Hamburger Universität stellen im Rahmen einer repräsentativen Befragung fest: „Neben der größten Sorge, dass die Impfung gegen Covid-19 möglicherweise nicht sicher genug ist, fühlen sich zwei von drei Ungeimpften durch Politik und Gesellschaft unter Druck gesetzt“. Zu hoher Erwartungsdruck ist demnach einer der Hauptgründe für Menschen, sich nicht impfen zu lassen. Wer zurzeit noch nicht geimpft sei, zeige sich unbeeindruckt von aktuellen Maßnahmen wie 2G oder kostenpflichtigen Tests. „Nur maximal vier Prozent der Ungeimpften erwägen dadurch eine Impfung. Bei rund 30 Prozent führt dies sogar zu einer Gegenreaktion: Sie geben an, dass eine Impfung noch unwahrscheinlicher würde.“²

Hinzu kommt, dass mit dem Ende der kostenlosen Corona-Tests einige Bundesländer – so auch Berlin – vermehrt Betrugsfälle mit gefälschten Impfnachweisen registrieren, in manchen Fällen bis hin zu einem regelrechten Handel³. „Der Profit, den der Verkauf gefälschter Zertifikate nach sich ziehen könne, spreche ein Täterspektrum an, das zumindest zum Teil auch professionell agiert“, teilte beispielsweise das Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen mit.

Der Senat sah sich nicht in der Lage, und erst recht nicht in der politischen Verantwortung, mit Geldern des Steuerzahlers verantwortungsvoll umzugehen, beispielsweise als es darum ging, erforderliche Kontrollen in den von ihm zugelassenen Testzentren durchzuführen. So wurde es versäumt, bei den Zertifizierungsverfahren die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, sodass Betrug und illegales Vorgehen nicht Tür und Tor offenstehen. Im Gegenteil, unter anderem führten „laxe Zertifizierungsverfahren“ des Senats und mangelnde Kontrollen zu hunderten von Abrechnungsbetrugsfällen in Berlin. Umso erstaunlicher ist es, dass sich der Senat sehr schnell dazu bereit erklärt, die Teilnahme am öffentlichen Leben für ungeimpfte Menschen nur dann zu erlauben, wenn Bürgertest aus eigener Tasche gezahlt werden. Das Argument, dass die Solidargesellschaft nicht mehr dazu aufkommen muss, da ja die Möglichkeit des Impfens für jedermann bestehe, kann schwer als Rechtfertigung herangezogen werden. Analog dazu müsste es zu Selbstkostenübernahmen kommen, wenn Menschen ungesund leben – rauchen, trinken, Bungee springen oder in Risikogebiete reisen und dergleichen mehr. Zudem tragen

¹ [Christiane Woopen](#).

² HCHE, Ergebnisse der 8. Befragungswelle vom 07. - 21. September 2021 zur Auffrischungsimpfung. Für die European COvid Survey (ECOS) werden seit April 2020 etwa alle zwei Monate in Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden und Portugal (seit Juli 2021 auch in Spanien) jeweils 7.000 Menschen befragt, um die Einstellungen und Sorgen der Menschen in Europa über den Verlauf der Pandemie zu messen.

³ <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/corona-impfausweis-faelschung-100.html>.

Menschen, die sich nicht impfen lassen, die Gesamtkosten für die Schutzimpfungen mit. Letztendlich werden ja auch die Kosten von politischen Fehlentscheidungen oder politischer Inkompetenz von den Bürgern getragen – und nicht von den Verursachern. Beispielsweise, wenn trotz fehlender Fachkompetenz⁴ Verträge für digitale Lösungen geschlossen, diese aber nicht genutzt werden beziehungsweise „bei der Nachverfolgung von Infektionsketten überhaupt nichts“ bringen⁵. Mit einer Pflicht zur Kostenübernahme von Testungen, werden darüber hinaus mögliche Diskriminierungs- und Ausgrenzungseffekte gefördert.

Indes forderte auch die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Verena Bentele, die Tests weiterhin kostenfrei anzubieten⁶. Die Testpflicht für das Betreten von Pflegeeinrichtungen soll allerdings auch auf Genesene und Geimpfte ausgeweitet werden. Als wenig sinnvoll erscheint es in diesem Fall, die einen dafür zahlen zu lassen, die anderen wiederum nicht. Der Berliner Senat hat am 17. August 2021 die Corona-Verordnung gemäß den letzten Beschlüssen der MPK (vom 10. August 2021) angepasst. Demnach wird die „Geltungsdauer negativer PCR-Tests von bisher 24 auf 48 Stunden“⁷ verlängert. Das ist epidemiologisch betrachtet zwar sinnvoll, fraglich bleibt jedoch, warum eine verlängerte Geltungsdauer erst jetzt eingeführt wird bzw. nach welchen Kriterien der Senat generell seine Beschlüsse fasst und inwieweit wissenschaftliche Erkenntnisse deren Glaubwürdigkeit untermauern.

Ein weiterer Punkt, der nicht außer Acht gelassen, jedoch infrage gestellt werden darf, ist die Praktikabilität der beschlossenen Maßnahmen. Wie wird beispielsweise kontrolliert, vor allem von wem, ob sich Menschen aus gesundheitlichen, psychischen oder sonstigen Gründen nicht impfen haben lassen?

Nicht jeder hat die notwendigen finanziellen Mittel, um sich die Testkosten leisten zu können. Das wird dazu führen, dass sich viele Betroffene vom öffentlichen Leben zurückziehen werden. Dadurch sind keine epidemiologischen und erst recht keine sozialen Vorteile zu erwarten. Den Druck so aufzubauen, (weil offensichtlich die Rechtsgrundlage fehlt, der politische Mut zur Impfpflicht nicht aufgebracht werden konnte beziehungsweise aus wahltaktischen Gründen nicht aufgebracht werden sollte), dass Menschen sich gezwungen sehen, sich entweder impfen zu lassen oder aber auf gesellschaftliche Teilhabe zu verzichten, ist weder eine ethische noch eine moralische Glanzleistung. Viele Menschen lassen sich nicht impfen, weil sie Nebenwirkungen fürchten, die neuen und im Schnellverfahren zugelassenen Impfstoffe kritisch sehen, Angst vor Impfungen generell oder sonstige subjektive Gründe dafür haben, sich gegen eine Impfung zu entscheiden. Von denjenigen, die sich wahrscheinlich nicht oder auf keinen Fall impfen lassen wollen, gaben laut einer Umfrage für den ARD- „Deutschlandtrend“ 69 Prozent

⁴ Der Freitag (16/2021). *Luca kam, sah – und spionierte*. „Ich hab die jetzt bestellt. Ich will die jetzt implementieren und anbieten. Ich hab die Verträge dafür unterschrieben – ohne dass ich Smudo kennengelernt habe oder mich mit den technischen Details auskenne.“ „Mit diesen Worten erklärte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller im März, dass die Luca-App Teil der dortigen Öffnungsstrategien werden sollte.“

⁵ Der Spiegel (13.08.2021). *Es ist nicht ersichtlich, was der Einsatz der Luca-App bringen würde*. „Nicolai Savaskan, zieht eine negative Bilanz: »Bisher hat uns Luca bei der Nachverfolgung von Infektionsketten überhaupt nichts gebracht«, sagt der Leiter des Bezirksgesundheitsamts. »Wir sind mitten in der vierten Welle, es ist für uns als Gesundheitsamt misslich, dass wir kein benutzbares datenschutzkonformes digitales System zur Nachverfolgung haben.« Viel zu schnell seien die Gelder für die App freigegeben worden, ohne dass sich jemand darum gekümmert habe, ob die Ämter damit überhaupt gut arbeiten könnten.“

⁶ [Sozialverband VdK mahnt Testpflicht für alle vor Zutritt von Pflegeheimen an](#).

⁷ [Die Corona-Regeln gelten in Berlin weiter bis zum 17. September. Einige Änderungen hat der Senat aber doch beschlossen](#).

Sorgen vor möglichen unentdeckten gesundheitlichen Folgeschäden als Hauptgrund an⁸. Das Vorgehen der Politik und der Umgang mit der Ständigen Impfkommission (STIKO), indem Impfungen gegen das Coronavirus auf 12- bis 17-Jährige propagiert wurden – Senatorin Kalyayci schrieb sogar Schüler persönlich an –, ohne die Empfehlung der dafür zuständigen STIKO abzuwarten, ist ein Beispiel der politischen Konzeptlosigkeit. Damit wird das Ansehen unabhängiger Organe geschädigt und die Akzeptanz wissenschaftlicher Erkenntnisse aufs Spiel gesetzt. Darüber hinaus stellt diese Vorgehensweise einen weiteren Verlust an politischer Glaubwürdigkeit dar.⁹

Die Abschaffung der Möglichkeit sich kostenlos testen zu lassen – gerade im Herbst, wo von einem Anstieg der Infektionen ausgegangen werden konnte –, ist ein Fehler. Nicht zuletzt, weil dadurch die ohnehin unzureichende Datenlage noch weiter geschwächt wird und das infekti-
onsepideziologische Geschehen schwerer einzuschätzen sein wird.

Aus den oben genannten Gründen sollen verpflichtende Bürgertests weiterhin kostenlos zur Verfügung stehen. Eine Spaltung der Gesellschaft in Gruppen von Immunprivilegierten und Immunbenachteiligten ist abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2021

Dr. Brinker Gläser Hansel
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

⁸ [Ärzteblatt](#). „Für den ARD-„Deutschlandtrend“ befragte das Institut Infratest dimap den Angaben zufolge vom 2. bis 4. August 1.312 Wahlberechtigte ab 18 Jahren.“

⁹ <https://www.aerztezeitung.de/Medizin/Die-STIKO-Mitglieder-sollten-zuruecktreten-422036.html>.